

Tansania Information



Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

07/2011

Juli

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 24.06.2011 (Mittelwert) für 1,-- € 2.256/- TSh (<http://www.oanda.com/lang/de/currency/converter>)

Zu den Flüchtlingen aus Burundi und der Demokratischen Republik Kongo Nicht anerkannte Flüchtlinge; zu Flüchtlingen aus Burundi; zu Flüchtlingen aus der DRC; eingebürgerte Flüchtlinge	Seite 2
Illegale Immigranten, Ausländer als Handeltreibende Illegal in Tansania lebende Ausländer; Ausländer als Unternehmer und Handeltreibende; Menschenhandel	Seite 3
Zum Haushalt 11/12, Entwurf von Finanzminister Mkulo vorgelegt am 8.6.11 Ausgaben; Einnahmen; Steuern und Abgaben; Anmerkungen Mkulos; Reaktionen	Seite 4
Zu 'Allowances' Reaktionen Oppositionsabgeordneter; Reaktionen der Regierung; Anmerkungen	Seite 5
Zu Inflation, Wechselkurs, Preisen Kommentar; Inflationsrate; Wechselkurs; Preise:	Seite 6
Zur Korruption Kommentar; Korruption in einigen Abteilungen; Korruption in Zusammenhang mit Gewährung von Kautions; zur Arbeit des PCCB; zur Besitzstandserklärung der Politiker; Umfrage zur Korruption in öffentlichen Einrichtungen	Seite 7
Religionsgemeinschaften und Politik und Öffentlichkeit Spannungen; Aufruf zum Frieden; Regierungskritik; zum Kampf gegen Drogen	Seite 9
Kirchliche Nachrichten Amtseinführung von Verantwortungsträgern; Probleme einiger Verantwortungsträger; Klage wegen Ruhestörung; Spaltung; finanzielle Unterstützung; zu Moral, Ethik; soziales Engagement; Bitte um Regen; Statistik; zu '50 Jahre Unabhängigkeit'; Gebete für Seligsprechung Nyereres	Seite 10
Dar-es-Salaam Kinder äußern sich zu ihren Rechten	Seite 12

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika

Redaktion: Eva Caspary

Internet: www.tansania-information.de

Spendenkonto

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302

Mission EineWelt: <http://www.mission-einewelt.de>

eMail: africa@mission-einewelt.de

Ev. Kreditgenossenschaft eG, Kto. 1011 111 BLZ 52060410

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

Zu den Flüchtlingen aus Burundi und der Demokratischen Republik Kongo (DRC)

Nicht anerkannte Flüchtlinge: In der Kagera-Region leben nahezu 56.000 Menschen aus den Nachbarländern, 33.000 verbergen sich in den Dörfern des Karagwe-Distrikts, 23.000 versteckten sich im Ngara-Distrikt. Sie seien ein Sicherheitsrisiko, meint der Regional Commissioner.

Die Behörden drängen die Ausländer, freiwillig in ihre Heimatländer zurückzukehren. Der Stellvertretende Innenminister sagte, in Zusammenarbeit mit der Einwanderer-Abteilung werde die Polizei die Ausländer identifizieren und in ihre Länder schicken. Die heimische Bevölkerung solle mit den Sicherheitskräften kooperieren, die Leute anzeigen. Einige hätten Feuerwaffen, mit denen sie Raubüberfälle durchführten. Eine Abgeordnete sagte, sie fürchte massive Probleme wie Bandenwesen und Umweltzerstörung. (DN 15.1.11; Citizen 17.6.11)

Der UNHCR riet den Medien, Informationen zu prüfen, ehe sie reißerische Geschichten veröffentlichten, sonst schürten sie Fremdenfeindlichkeit. Einige Zeitungen hatten berichtet, man vermute, einige Flüchtlinge seien Wilderer; laut eigener Untersuchungen des UNHCR sei das ein Irrtum. Die Verwaltung des *Katavi National Park* hatte behauptet, mehr als 70 % der Wilderei gehe auf das Konto der Flüchtlinge. Sie verwendeten moderne militärische Waffen. Das Wildfleisch werde geheim gehandelt, bei Dunkelheit zubereitet, in vielen Lagern 'Nacht-Spinat' genannt. (DN 21.4.11)

Für 2011 stellte der UNHCR 440.000 US\$ bereit für ökologische Sanierung, 3 Mio. US\$ für Schulen, Gesundheits- und sozialwirtschaftliche Einrichtungen in den Regionen, die viele Flüchtlinge beherbergen. (DN 21.4.11)

*

Zu Flüchtlingen aus Burundi: UNHCR, Tansania und Burundi beschlossen, die Rückführung von Flüchtlingen des Mtabila-Lagers (Kigoma-Region) zu beschleunigen, das Lager Ende '11 zu schließen. Obwohl sich die Sicherheitslage in Burundi sehr verbessert hatte, kehrten 2010 von den 37.000 dort lebenden Flüchtlingen nur 1.012 freiwillig zurück. Der Innenminister betonte, Burundi werde von den Burundiern aufgebaut; Tansania könne seine begrenzten Ressourcen nicht auf immer mit den Flüchtlingen teilen. Laut UNHCR lebten Ende Mai '11 noch 67.392 burundische Flüchtlinge in den beiden Lagern der Kigoma-Region und mehreren Siedlungen in der Rukwa- und der Tabora-Region. (DN 27.5.11; Guardian 30.5.11)

*

Zu Flüchtlingen aus der DRC: Laut UNHCR kehren viele im Nyrugusu-Flüchtlingslager lebende Kongolesen wegen ihres Abhängigkeitssyndroms nicht in ihr Land zurück. Sie erhalten kostenlos Nahrung, Kleidung und andere Dinge. Die Grenze ist sehr durchlässig; Flüchtlinge kehren in die DRC zurück, nur um wenig später mit Handelsware und Verwandten, vor allem Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren, wieder zu kommen. Im Dezember 2010 waren von den 63.000 Flüchtlingen 65,5 % jünger als 17 Jahre. (DN 30.5.11)

Im Nyrugusu-Flüchtlingslager lebende Frauen fürchten sich vor einer Rückkehr in den Kongo, denn sie weigern sich, die dort herrschenden traditionellen Praktiken, *Kompensation*, das Vererben der Ehefrau und andere Formen der Gewalt gegen Frauen, zu akzeptieren. Vielfach war ihnen Rache angedroht worden, für den Fall, dass sie zurückkehren. (*Kompensation* bedeutet, dass ein Mädchen an die Familie des Bräutigams übergeben wird, für den Fall, dass er Witwer wird, ehe er den vollen Brautpreis bezahlt hat.)

Vor allem für Frauen, die Gewalt in der Ehe erlitten hatten, entwarf der UNHCR ein Programm, damit sie bei der Rückkehr nicht wieder misshandelt werden. (DN 6.6.11)

Im April 2011 hatten UNHCR, Tansania und DRC vereinbart, die Flüchtlinge zu repatriieren, das Nyrugusu-Flüchtlingslager zu schließen. Weil sich die DRC, vor allem wegen anstehender Wahlen, nicht an die Vereinbarung halten will, gewährt Tansania für die Rückführung weitere sechs Monate. Innenminister Nahodha riet, pro Monat 10.000 Personen zu repatriieren, denn es sei schwierig, 62.000 Menschen auf einmal zurückzuführen. (DN 6.6.11)

*

Eingebürgerte Flüchtlinge: 2010 bürgerte Tansania 162.156 Flüchtlinge aus Burundi ein. Der UNHCR nannte das historisch, nachahmenswert, "die großzügigste Einbürgerung", die es je gab. Die meisten sind Hutu, die vor ethnisch bedingter Gewalt in Burundi geflohen waren. Sie haben sich weithin in die tansanische Gesellschaft und Wirtschaft integriert.

Sie sollen nun in ihnen zugewiesene Regionen in ganz Tansania umzuziehen.

Premierminister Pinda sagte, aus humanitären Gründen habe man sie auf Bitten des UNHCR und der internationalen Gemeinschaft eingebürgert. Einige seien 1972 gekommen; nun zu alt für eine Rückkehr. Die meisten seien in Tansania geboren, wüssten nichts über Burundi. Man werde dafür sorgen, dass sie in ihren neuen Gebieten vollständig integriert werden.

Der größte Teil der eingebürgerten Flüchtlinge ist nicht willens, umzuziehen. "Seit 1972 kenne ich in Tansania keinen anderen Ort. Ich besitze mehr als 200 Rinder, habe eine Familie mit zwölf Kindern. Nun soll ich an einen mir fremden Ort in der Tanga-Region gehen", berichtete einer. Ein Mann, der Tabak anbaute, sagte, er sei in die Morogoro-Region geschickt worden. Aber Tabak wachse dort nicht. Er verdiene genug für seine Familie mit mehr als zehn Kindern. Jetzt werde er erneut zum Flüchtlingsstatus verdammt.

Viele Eingebürgerte klagen, 300.000/- TSh, die man als 'Unterpfang' pro Kopf von Regierung und UNHCR erhalte, seien zu wenig für einen Neustart.

Ein Verantwortungsträger der Tabora-Region sagte, die Leute seien seit 38 Jahren hier. Aber es wäre ein Sicherheitsrisiko, blieben alle in einem Gebiet. (DN 17.6.11; Guardian 23./30.5.11; Citizen 17.6.11)

1.500 Flüchtlinge sollen zu je 500 in den Distrikten Hanang, Kiteto und Simanjiro (Manyara-Region) angesiedelt werden. Laut UNHCR sind diese Distrikte die am dünnsten besiedelten, sie haben breite Streifen "leeren" Landes. - Ein Abgeordneter widersprach. Die dortige Bevölkerung, vor allem Maasai, seien nicht willens, Land herzugeben. (DN 22.5.11; Arusha Times 16.4.11)

Die Regierung erklärte, sie erarbeite einen besseren Plan für die Umsiedlung der eingebürgerten Flüchtlinge. Viele hätten das Vorhaben nicht gut aufgenommen. (DN 22.6.11; Guardian 22.6.11)

Eine burundische Ministerin lobte den Mut der Regierung Tansanias, 162.000 Flüchtlingen aus Burundi, die im Land bleiben wollten, Einbürgerung zu gewähren. (DN 27.5.11)

Illegale Immigranten, Ausländer als Handeltreibende

Illegal in Tansania lebende Ausländer: Immer mehr Somalis und Äthiopier, auch Kenianer, Bangladescher und Südafrikaner, die tansanische Agenten bestochen haben, kommen illegal über nicht genehmigte Kanäle ins Land. Einheimische bringen sie in ihrem Haus unter. Viele illegale Migranten wurden bereits verhaftet und vor Gericht gestellt und zu einer Strafe in Höhe von 2,5m/- TSh verurteilt, wer nicht bezahlen kann, zu maximal zwölf Jahren Gefängnis.

In der Kagera-Region verhaftete und repatrierte die Einwanderer-Abteilung 2010 1.475 Personen aus Äthiopien, Bangladesch, Burundi und der DR Congo. Man nimmt an, dass sich Hunderte Ausländer auf den Inseln des Viktoriasees verstecken.

In der Iringa-Region nahm die Polizei zwei Somali und 40 Äthiopier fest.

Auf der Insel Pemba verhaftete die Polizei neun Somali, die illegal eingereist waren.

Im Mwanga-Distrikt (Kilimanjaro-Region) erwischte die Polizei 82 Äthiopier. Sie seien auf der Durchreise, wollten nach Europa, Südafrika oder in die USA, sagten sie.

In der Ruvuma-Region wurden 23 Ausländer verhaftet, die angeblich auf der Reise nach Südafrika waren.

14 Äthiopier wurden angeklagt und bekannten sich schuldig. Sie müssen 3m/- TSh als Bußgeld bezahlen, bis man sie repatriieren kann, 28 Tage in Haft bleiben. Neun Somali warten noch auf ihr Urteil. (DN 18.2./12.4.11; Guardian 12.1./25.4./ 6.5.11; Citizen 16.2.11)

Die Einwanderer-Abteilung will Tansanier belohnen, die über illegale Immigranten in ihrer Gegend berichten. (Guardian 25.4.11)

100 Äthiopier wurden zu sechs Monaten Haft verurteilt, weil sie sich ohne Genehmigung in Tansania aufhielten. Sie berichteten, Schlepper hätten sie in zwei Schiffen gebracht, ihnen weisgemacht, sie seien an ihrem Ziel, Mosambik, angekommen und sie in Lindi abgesetzt. Der Richter verlangte von jedem 20.000/- TSh Bußgeld. Doch keiner konnte diesen Betrag aufbringen. (Guardian 13.6.11)

*

Ausländer als Unternehmer und Kleinhändler: Kleinhändler aus allen Ecken Afrikas und anderen Gebieten, vornehmlich China, die in Kariakoo und andernorts in Dar-es-Salaam ihre Waren anbieten, bekamen ein Ultimatum von 30 Tagen. Falls sie den Platz nicht freiwillig räumen, werden sie verhaftet, angeklagt oder deportiert.

Der Stadtrat soll alle Personen auflisten, die ohne Arbeitserlaubnis Handel treiben. Der Stellvertretende Minister für Industrie und Handel sagte, man könne nicht zusehen, wenn Eindringlinge aus dem Ausland den Tansaniern ihr Recht, Handel zu treiben, streitig machen, Personen nicht dulden, die als Investoren kamen, nur um als Schuhputzer oder Händler zu enden, bei Arbeiten, die Einheimische gut verrichten könnten. Viele kämen als Touristen nach Tansania, blieben dann illegalerweise und betrieben Kleinhandel, heißt es.

Auf Dauer werde man gegen falsche Investoren vorgehen, betonte der Minister; auch gegen alle, die helfen, dass solche Ausländer nach Tansania kommen und Leute, die mehr als 20 Personen in einem Haus unterbringen.

Ein lokaler Händler sagte. "Die Ausländer sind diejenigen, die gefälschte oder nachgemachte Artikel verkaufen".

Nach Ablauf des Ultimatums gingen Polizisten in Zivil, Mitarbeiter der Einwanderer-Abteilung und des Ministeriums für Industrie und Handel gegen diejenigen vor, die die Anordnung missachteten. (DN 7./15./17.1./5./7.2.11; Guardian 7.1./5./14.2.11; Citizen 7.1.11)

Wer Handel treiben will, benötigt als Mindestkapital 300.000 US\$. Der Minister für Industrie und Handel betonte, nicht alle Investoren aus dem Ausland, die in Kariakoo Handel treiben, seien Schwindler. "Viele besitzen gültige Dokumente, verkaufen Artikel, die in ihren Fabriken gefertigt wurden." (DN 7.2.11; Guardian 5.2.11)

Nachdem die Aktion gegen Handel treibende illegale Einwanderer in Dar-es-Salaam ein Erfolg war, will die Regierung landesweit ähnlich vorgehen. Das soll "still" geschehen, damit Investoren nicht abgeschreckt würden und sich u. U. für andere Länder mit besseren Bedingungen entschieden.

Laut Regierung gibt es nach der Aktion in Kariakoo keine Kleinhandel treibende Ausländer mehr. "Unser Ziel war nicht, sie zu verhaften, oder ihnen die Chance, Handel zu treiben, vorzuenthalten. Wir wollen, dass sie angemessene Unterkunft und eine Geschäftserlaubnis haben. Wir sind froh, dass alle positiv reagierten", erklärte der Minister für Industrie und Handel. (Guardian 14./22.2./31.3.11)

*

Menschenhandel: Kenia und Tansania gelten für Somali und Äthiopier als Transitroute auf dem Weg nach Südafrika; außerdem für Menschenhandel, dem vor allem Frauen und Kinder, in der Hoffnung auf eine sicherere und bessere Bleibe, zum Opfer fallen. Dann finden sie sich aber in einer schlechteren Lage vor als zu Hause. Aus Scham oder Angst können sie nicht zurückkehren. So leiden sie weiter im Verborgenen. (DN 27.5.11)

Zum Haushalt 2011/12, Entwurf von Finanzminister Mkulo vorgelegt am 8.6.11

Ausgaben: für Infrastruktur	2.800	mrd/- TSh (+ 85 %)
Bildung	2.200	mrd/- TSh (+ 12 %)
Gesundheit	1.209	mrd/- TSh (10/11: 1.205 mrd/- TSh)
Landwirtschaft	926	mrd/- TSh (+ 3 %)
Wasserversorgung	621,6	mrd/- TSh (+ 56 %)
Energie, Bodensch.	539	mrd/- TSh (+ 66 %)

Einnahmen: Steuereinnahmen	6.200	mrd/- TSh
Gebühren u. a.	557	mrd/- TSh
lokale Behörden	350	mrd/- TSh
nichttraditionelle Darlehen	1.270	mrd/- TSh
Hilfe aus dem Ausland	3.900	mrd/- TSh
davon als Darlehen	869,4	mrd/- TSh

(DN 9./10./14.6.11; Guardian 11.6.11)

Zu Steuern und Abgaben (einigen):

- Mehrwertsteuererlass für Ersatzteile vieler in der organisierten Landwirtschaft benötigter Maschinen und Geräte, für Kraftfutter für Federvieh, für Fischnetz-Nylonmaterial
- Kein Mehrwertsteuernachlass mehr für gemeinnützige gemeindebezogene Organisationen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Das betrifft religiöse Organisationen nicht.
- Mehrwertsteuernachlass für NGOs, die Kindern, Zentren für Waisenkinder und Schulen Lebensmittel spenden
- Kein Mehrwertsteuererlass mehr für Verkauf und Vermietung von Wohngebäuden der *National Housing Corporation* (NHC)
- Zollermäßigung bei der Einfuhr von Solarpanelen, von Rohstoff für Seife u. a. Produkte, von Fahrzeugen für mehr als 25 Personen, Lastwagen zwischen 5 t und 20 t, von Tsetsefallen, von Ausrüstung für Sicherheitskräfte, von Elektroautos für Hotels, Krankenhäuser, Flugplätze
- Zollermäßigung für Polizei
- Verbrauchssteuer ermäßigt für Schweröl, Diesel, Bezin
- Quellensteuerfreiheit bei Ausfuhr von Fisch
- Verbrauchssteuer angehoben für alkoholfreie Getränke, Bier, Wein, Schnaps, Zigaretten.

Finanzminister Mkulo: Er sagte, beim Haushaltsentwurf stehe der normale Einwohner im Mittelpunkt.

Man erwarte ein Wirtschaftswachstum von 6 %.

2009 habe es 6 %, 2010 7 % betragen.

Man will zu großen Investitionen in der Landwirtschaft ermuntern, die Abhängigkeit von Geberländern reduzieren.

Mkulo betonte, die Regierung werde ihren Sparkurs fortführen:

Der Erwerb von Büromöbeln, vor allem aus dem Ausland importierter, sei untersagt.

Fahrzeuge dürften nur für den Fall gekauft werden, dass ein besonderer Grund vorliegt und das *Amt des Premierministers* (PMO) zustimmt.

Verantwortungsträgern, die Zuwendungen für Treibstoff bekommen, ist die Verwendung von Regierungsfahrzeugen untersagt.

Die Zahl der Reisen im In- und ins Ausland werde reduziert, ebenso die Größe der Delegationen. Seminare dürften nur mit Zustimmung des PMO stattfinden. Seminar-Zuwendungen seien gestrichen.

Nur "wichtige" Treffen würden genehmigt.

Es werde weniger Ausstellungen u. Festivitäten geben.

Angesichts anwachsender Lebenshaltungskosten werde die Regierung entschiedene Schritte unternehmen. Schuld seien die steigenden Treibstoffpreise und die unzuverlässige Stromversorgung.

Der Steuernachlass bei landwirtschaftlichen Geräten, Futtermitteln und Fischnetzen solle einer Verteuerung der Verbrauchsgüter verhindern. (DN 9./16.6.11; Guardian 11./ 14.6.11)

*

Reaktionen: Die Opposition ist empört über den hohen Betrag, der für Zuwendungen für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst vorgesehen ist, nämlich 13 % des ordentlichen Haushalts.

Zitto Kabwe (Chadema), Finanzminister im Schattenkabinett, lobte das Bestreben der Regierung, die öffentlichen Ausgaben einzudämmen, doch hätte er radikalere Maßnahmen gewünscht. Mehrere Gesichtspunkte des Oppositionslagers seien berücksichtigt worden. "Das ist gut und ermutigend. Es gibt einige Gebiete, auf denen wir zusammenarbeiten können", sagte er. "Es zeigt, dass alternative Ansichten von der Regierung akzeptiert werden können."

Ein Wirtschaftsexperte sagte, der Haushaltsentwurf sei gut; doch müsse die Regierung sicherstellen, dass er vollständig umgesetzt wird.

Ein Wirtschaftsdozent freut sich besonders, dass es nun verboten ist, Mobiliar einzuführen. Er kritisiert, man versuche, fast alles anzupacken.

Ein anderer lobte, der Haushaltsentwurf sei professionell; die Abhängigkeit von Geberländern sei nun geringer.

Die *Confederation of Tanzania Industries* lobt die Anhebung der Mittel für Infrastruktur um 85 % und für Energie um 66 %.

Das Oppositionslager schlug vor, anderen Gebieten eine Schlüsselrolle einzuräumen. Pfr. Natse (Chadema) sagte, man müsse erreichen, dass die Nation auf der Liste der wichtigsten Förderer von Erdgas ganz oben stehe, und sicherstellen, dass 85 % der Tansanier Zugang zu Trinkwasser haben.

Das *Tanzania Gender Networking Programme* (TGNP) kritisierte, der Haushaltsentwurf sei nicht bestrebt, dem normalen Bürger zu dienen, ganz sicher nicht den Frauen. Es sei offensichtlich, dass das momentane System ausbeuterisch ist, Export und Investitionen fördert - auf Kosten der Entwicklung der Basis. (DN 9./11./14./16.6.11; Guardian 15.6.11)

Zu 'Allowances'

Die Abgeordneten erhalten eine Sitzungszuwendung; bisher waren alle dazu berechtigt; nun bekommen sie diese nur, wenn sie anwesend sind, ein Teilnahmeformular unterschreiben. Jeder Parlamentarier erhält pro Tag 70.000/- TSh Unterhalts- und 80.000/- TSh Sitzungszuwendung.

*

Reaktionen Oppositions-Abgeordneter: Die Höhe der Zuwendungen für Sitzungen schockiert das Oppositionslager.

Zitto Kabwe (Chadema) sagte: "Ein Parlamentarier wurde gewählt, um zu sitzen und über nationale Themen zu diskutieren. Er bekommt ein Gehalt dafür. Warum soll er Zuwendungen erhalten, wenn er das tut, was er tun soll?" Er schrieb an den Parlamentssekretär und bat ihn, die

Sitzungszuwendungen unverzüglich abzuschaffen. Diesmal möge er seine (Kabwes) Zuwendungen an die *Kigoma Development Initiative* (KDI) überweisen. - In einem Brief wurde ihm mitgeteilt, das Parlament sei dazu nicht in der Lage. - Daraufhin wies Kabwe den Parlamentssekretär an, ihm keinerlei Sitzungszuwendungen zu zahlen. - Auch das sei unmöglich, teilte man ihm mit; er könne das Geld einer Einrichtung seiner Wahl geben.

Freeman Mbowe (Chadema), Leiter der offiziellen Opposition, erklärte, Leitlinie seiner Partei sei, die Zuwendungen für Abgeordnete und Regierungsangestellte abzuschaffen. Alle Chadema-Abgeordneten würden auf ihre Zuwendungen verzichten. Seine Partei werde landesweit Proteste organisieren.

Die vier Abgeordneten der NCCR-*Mageuzi* schrieben Finanzminister Mkulo und wiesen ihn an, ihre gesamten Sitzungszuwendungen für Entwicklungsprojekte ihres Wahlkreises zu überweisen. Damit wolle man für die Abgeordneten der anderen Parteien ein Exempel statuieren, damit sie sehen, wie notwendig es ist, die Sitzungszuwendung abzulehnen, denn dieses Geld könne nicht akzeptiert werden.

Einer der Abgeordneten der NCCR-*Mageuzi* sagte, gemeinsam werde man Einspruch erheben gegen das Gesetz, das den Abgeordneten erlaubt, gleichzeitig ein Gehalt, Tagegeld und Sitzungszuwendungen zu erhalten. Das sei nicht ethisch, sogar illegal. Außerdem werde man eine Besteuerung der Zuwendungen vorschlagen.

*

Reaktionen der Regierung: Staatsminister Lukuvi sagte, die Regierung werde mit Arbeitnehmersverband und Handelsgenossenschaftsverbänden über den Vorschlag, einige Zuwendungen abzuschaffen, beraten. Dafür habe das Parlament kein Mandat.

Premierminister Pinda verteidigte die Zuwendungen. Manche Abgeordnete verwendeten sie, um Leuten in ihrem Wahlkreis zu helfen. Einige Zuwendungen seien in der Verfassung gesetzlich geregelt. "Wollen wir etwas tun, müssen wir die betreffenden Gesetze ändern", sagte er. (DN 16./17./22.6.11; Guardian 13.6.11; Citizen 10./11./ 3./14./ 17./18./20./22.6.11)

*

Anmerkungen: Ein Politikbeobachter sagte, die Aufregung wegen der Sitzungszuwendungen sei nichts als Teil der vor der Wahl 2015 zu erwartenden politischen Propagandatricks des Oppositionslagers, um die CCM zu besiegen. Er warnte die CCM davor, die Vorschläge, die Zuwendungen zu streichen, abzulehnen. Das Image der regierenden Partei würde beschädigt und die Partei viel vom Vertrauen der Wähler verlieren. (Citizen 14.6.11)

Für viele Dorfbewohner von Mbinga und Mbamba Bay ist das Thema Zuwendungen nicht brennend. Ich fragte mich, ob es nicht wichtiger wäre, hartnäckiger zu fragen, warum sich so viele Menschen in Tansanias nicht an Entwicklung erfreuen können. Die knappen Entwicklungsressourcen z. B. könnten besser eingespart werden durch Verringerung des Kabinetts auf 20 Personen, oder Abschaffung der Posten der Regional- und District Commissioner. Dann sollten gewählte Ratsvorsitzende die Distrikte leiten. Auch die Zahl der Abgeordneten und der Sitzungen des Parlaments könnte man verringern. (Citizen 14.6.11)

Horst Köhler, ehemals deutscher Bundespräsident, sagte in Dar-es-Salaam, das Image Tansanias stehe auf dem Spiel, wird die Debatte nicht angemessen geführt. Die Geber beobachteten sie genau. Die Zahlung von Zuwendungen sei nicht die richtige Art, Steuergelder auszugeben. Er drängte die Regierung, Transparenz und Verantwortungsbewußtsein hochzuhalten.

Köhler ist bekannt als Befürworter von Entwicklungshilfe für Afrika. (Citizen 16./17.6.11)

Einige Chadema-Abgeordneten sagten der *Daily News*, betreffs Abschaffung der Zuwendung seien sie anderer Meinung als Mit-Abgeordnete. Um politischen Gewinns willen verbreite Kabwe persönliche Ansichten, denn die Partei bestimme demnächst einen Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2015. (DN 20.6.11)

Zu Inflation, Wechselkurs, Preisen

Kommentar: Ein Dozent sagte, neben den einfachen Tansaniern, die längst die Hoffnung verloren hätten, spürten nun auch die finanziell privilegierten Menschen die abnehmende Wirtschaftskraft, weil ihr Geld infolge der Inflation rasch an Wert verliert. Werden die Probleme Inflation, Stromversorgung und hohe Lebensmittelpreise nicht gelöst, könnte der Tag kommen, an dem das Volk Antworten fordert. (Guardian 21.3.11)

Inflationsrate:

2009: 12,1 %

2010: 5,5 %
2011 Februar: 7,5 %
März: 8 %
April: 8,6 %

Ursache steigender Preise: vor allem Verteuerung von Strom und Treibstoff

Zum Vergleich ('11): Uganda Februar: 11,1 %; April: 14,1 %

Kenia Februar: 9,2 %; April: 12,5 % (DN 16.5.11; Guardian 18.4.11; Citizen 17.5.11)

Bei einer von der Oppositionspartei Chadema organisierten Demonstration protestierten in Mbeya Tausende gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. (Citizen 7.5.11)

Der *Internationale Währungsfonds* (IWF) wies Tansania warnend auf die steigende Inflation und die Auswirkung der steigenden Preise für Lebensmittel und Energie hin. (DN 10.5.11)

*

Wechselkurs: Am 13.6.11 fiel der Wert des TSh in den 45 Jahren seiner Geschichte auf ein Rekordtief. 1 US\$ kostete ca. 1.580/- TSh. Das sind fast 12 % mehr als 2010.

Schuld ist das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Viele meinen, die Menschen legten ihren Besitz in US\$ an, weil sie eine Abwertung als Folge des Haushaltsentwurfs fürchteten.

Der Vorsitzende der *Tanzania Bankers' Association* sagte, so lange die Produktion schwach ist, werde der TSh fallen, egal, wie gut der Haushaltsentwurf ist.

Auch die Währungen Kenias und Ugandas fielen. (DN 15.6.11; Citizen 22.6.11)

*

Preise:

Treibstoff: Infolge steigender Erdölpreise auf dem Weltmarkt wurde der Treibstoff teurer.

Dar-es-Salaam: 1 l Benzin: 2.153/- TSh, 1 l Diesel: 2.090/- bis 2.247/- TSh, 1 l Petroleum: 1.784/- TSh. Im Landesinneren sind die Preise höher.

Anfang Juni sanken die Treibstoffpreise um 4,3 bis 5,71 %. (DN 10./11.5./8.6.11; Guardian 8.6.11)

Die *Tanzania Posts Corporation* (TPC) hob die Preise an.

Brief: Inland: bis 20 g, economy: 500/-, priority: 900/- TSh; bis 50 g: economy: 800/- TSh, priority: 1.000/- TSh

Ostafrika: bis 20 g 600/- TSh, Afrika: 700/- TSh; Europa, Mittlerer Osten: 800/-; Amerika, Ferner Osten: 900/- TSh

Paket: bis 1 kg normal: 2.000/- TSh, zerbrechlich: 5.900/- TSh;

25-30 kg normal: 51.000/- TSh, zerbrechlich: 55.100/- TSh. (DN 11.5.11)

Zucker: Die Stadtverwaltung von Tanga ging gegen Händler vor, die, trotz Regierungsanweisung, die Preise nicht anzuheben, für 1 kg Zucker 2.000/-TSh verlangen, nicht 1.700/- TSh, wie empfohlen. (DN 18.5.11)

Getreide: Die Regierung bot den kleineren Mühlen 8.000 t der *National Food Reserve Agency* (NFRA) an. Sie sollten laut Regierungsanweisung für 1 kg Maismehl nicht mehr als 500/- TSh verlangen.

Die Stadtverwaltung Dar-es-Salaams drängte die Händler, NFRA-Mais zu kaufen, damit der Preis für 1 kg des Grundnahrungsmittels höchstens 600/- TSh betrage. Man einigte sich auf diesen Preis. Trotzdem werden weiterhin 750/- bis 950/- TSh verlangt. (DN 12./14./23.5.11)

Um die Lebenshaltungskosten zu senken, subventioniert die Regierung das Getreide der NFRA. (Citizen 9.6.11)

Man vermutet, skrupellose Händler schmuggelten Mais und Maismehl nach Kenia und Uganda, Dort herrscht Lebensmittelmangel; es wird doppelt so viel bezahlt, wie in Tansania. Ende 2010 erließ die Regierung ein vorübergehendes Verbot für Lebensmittelexport. (DN 12.5.11)

Zur Korruption

Kommentar: In den 90er Jahre untersuchte eine Kommission unter dem Vorsitz Joseph Wario bas, eines ehemaligen Premierministers, das Ausmaß der Korruption. Im Dezember '96 legte sie ihren Bericht vor. Sie erklärte, die Korruption habe sich tief in alle Gebiete der Arbeit des öffentlichen Dienstes gefressen. Zu den Hauptschuldigen zählten Justiz, Polizei, Gesundheitsversorgung, Einwanderungsbehörde, das Amt für Landrechte, die Kommissionen für Ausschreibung bei Bauvorhaben, die Abteilungen für Steuern und Lizenzvergabe. Der Präsident schwor, schrittweise werde er die korrupten Elemente aus dem öffentlichen Dienst hinauskehren. Es werde ein dauernder Kampf gegen kriminelle Vergehen sein.

Beständig informierte und sensibilisierte das *Prevention and Combating of Corruption Bureau* (PCCB) die Öffentlichkeit, damit die Korruption aus Tansania verjagt werde. Die Regierung stattete es mit den Mitteln, zuzuschlagen aus.

Doch die Korruption hat seither kaum abgenommen. Genau die für Korruption bekannten Einrichtungen wagen es, auf ihrem gesamten Gelände riesige Anti-Korruptions-Plakate aufzuhängen.

Die Nation müsste sich hinter Kikwete stellen. Wir alle sollten den Mut haben, der Katze die Schelle umzuhängen. (Guardian 18.5.11)

*

Korruption in einigen Abteilungen: Das Ministerium für Naturschätze und Tourismus will mit Hilfe des PCCB die Forstabteilung in einer Sonderaktion von korrupten Elementen reinigen, denn Berichten zufolge hatte sie einigen Köhlern und Holzhändlern erlaubt, in geschützten Wäldern zu siedeln. "Genug ist genug", sagte der Minister. Das PCCB werde bei der Nachforschung helfen und Beweise über die Verstrickung von Forstleuten sammeln. (DN 10.3.11)

Bei einem sechstägigen Seminar für alle Führungskräfte der Regierung sagte Kikwete, Minister, Staatssekretäre und ihre Stellvertreter müssten in ihren Abteilungen gegen Korruption kämpfen. Manche Büros hätten sich in Agenturen dieses Übels verwandelt. Plakate, die den Kampf gegen Korruption darstellten, seien lächerlich, wenn das Gegenteil Realität ist. Die Regierung beschloss, in öffentlichen Einrichtungen Korruption und Verschwendung öffentlicher Mittel auszurotten. Das ist für die Entwicklungspartner eine wichtige Vorbedingung für Zuwendungen. (DN 16.5.11)

In Zusammenarbeit mit dem *Zanzibar Legal Services Centre* untersuchte das *Legal and Human Rights Centre* die Korruption und legte einen Bericht vor. Im Vergleich mit den anderen vier Mitgliedsländern der EAC liegt Tansania auf Platz vier. Als korrupte Staatsorgane werden genannt: Polizei, Justiz, Registrierungsstelle, Agentur für Insolvenz und Treuhandtschaft, Gefängnis-Abteilung, Hafenbehörde und Abteilung für Landrecht. Dem PCCB wird vorgeworfen, es erfülle seine Aufgabe nicht, erledige lediglich die Arbeit der Abteilung für kriminalpolizeiliche Erhebung. Es konzentriere sich auf Bestechung in kleinem Stil, kümmere sich nicht um Personen, die in Korruption in großem Stil verwickelt sind. (Guardian 26.5.11)

*

Korruption in Zusammenhang mit Gewährung von Kautions: Drei Verantwortungsträger des Ukonga-Hauptgerichts wurden vorgeladen, weil sie für die Gewährung von Kautions Schmiergeld gefordert hatten.

Aus dem gleichen Grund verurteilte das Distrikt-Gericht von Hai einen Verantwortungsträger zu vier Jahren Haft oder zweimal 700.000/- TSh Bußgeld. Er hatte 50.000/- TSh gefordert und erhalten. (DN 9.6.11)

*

Zur Arbeit des PCCB: Die Regierung will dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorlegen, der den Schutz von Personen, die Nachrichten über Fälle von Korruption beschaffen, vorsieht. Dem PCCB wird das Sammeln von Informationen erleichtert, wenn sich Informanten sicher fühlen. Dr. Edward Hosea, PCCB-Generaldirektor, sagte, eine der größten Herausforderungen, die das Land beim Kampf gegen Korruption hat, sei Mangel an politischem Willen bei einigen führenden Politikern. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes pflegten Gefälligkeiten zu fordern, ehe sie kooperierten, kritisierte Vizepräsident Billal und warnte derartige Leute.

Billal forderte, die Regierung müsse die Unterstützung des PCCB durch Haushaltsmittel verstärken. Im Haushalt 10/11 seien die Mittel um 13 % angehoben worden. Im letzten Jahr habe man mindestens zehn Fälle von Korruption in großem Stil behandelt, acht an den *Director of Public Prosecution* übergeben. Das PCCB werde bei seinen Aktionen autonom sein, betonte Billal. (DN 11./12.3.11; Guardian 10.3.11; Citizen 11.3.11)

Bei einer Konferenz zum Thema Korruption sagte Dr. Edward Hosea, Generaldirektor des PCCB, nichts könne sie daran hindern, den seit Jahren geäußerten Korruptionsvorwürfen gegen die *Kagoda Agricultural Company* nachzugehen, sobald genug glaubwürdige Beweise vorlägen. "Weil die Nachforschung sehr lange dauert, denken viele, wir tun nichts, vor allem, wenn es sich um Korruption in großem Stil handelt", erklärte er. "Vor juristischen Schritten benötigen wir genug glaubwürdige Beweise. Das Gericht hat das letzte Wort."

Reginald Mengi, Vorsitzender der *Media Owners Association*, kritisierte, nur Schmiergeldempfänger würden gezügelt, Schmiergeldgeber nicht belangt.

Einen Repräsentanten der CUF entrüstet, dass das PCCB während des Wahlkampfes im Vorjahr nicht aktiv wurde.

Ein Geschäftsmann berichtete, einen Betrieb zu starten sei sehr kostspielig, denn man müsse vorher mehrere Leute schmieren. (Guardian 16.6.11)

Das PCCB plant, eine eigene Hochschule für die Ausbildung von Antikorruptions-Mitarbeitern einzurichten. Will man sicherstellen, dass der Antikorruptions-Kampf erfolgreich ist, benötige man spezielle Fähigkeiten, sagte Hosea. (DN 11.3.11; Guardian 10.3.11)

*

Zur Besitzstandserklärung der Politiker: Abgeordnete verlieren ihren Sitz im Parlament, wenn sie es unterlassen, jährlich vor der Ethikkommission ihren Besitz offenzulegen. Die meisten hätten die Formulare der Kommission nicht ausgefüllt, berichtete die Parlamentspräsidentin. Gelingt es ihnen nicht, der Kommission überzeugend darzulegen, warum sie sich nicht an die Vorschriften hielten, verlören sie ihren Posten. Staatsminister Chikawe betonte: "Wir machen keine Witze; wir müssen das Gesetz erfüllen... und bald wird die Kommission beginnen, die Politiker einem Kreuzverhör auszusetzen, denn sie hätten schon vor dem 31.12.10 die Formulare ausfüllen sollen. (Citizen 14.4.11)

Weil sie ihre Vermögenswerte nicht rechtzeitig angegeben hatten, wurden 29 Verantwortungsträger verhört, elf von ihnen für schuldig befunden, acht verwarnt, drei streng. Sie wurden später einem Kreuzverhör unterzogen. Auch ein Botschafter, vier Abgeordnete der CCM und zwei der Chadema müssen vor dem *Ethics Tribunal* erscheinen.

Einige erklärten, wegen familiärer Probleme hätten sie die Formulare nicht rechtzeitig vorlegen können; andere sagten, ihre Formulare seien unerklärlicherweise nicht angekommen. Für schuldig befundene Verantwortungsträger können degradiert, entlassen oder zum Abdanken veranlasst werden; falls der Fall kriminelle Elemente enthält, folgt eine Ermittlung.

Total demütig gab Freeman Mbowe, Vorsitzender der Chadema, zu, er habe seine Besitztümer nicht offengelegt und bat um Vergebung. "Zu viele Dinge" hätten sich rings um ihn ereignet. Er erklärte auch, das Ausfüllen des Formulars sei für ihn kompliziert, weil er in drei unterschiedlichen Landesteilen Unternehmen und Wohnhäuser habe. (DN 14./16./17.6.11)

*

Umfrage zur Korruption in öffentlichen Einrichtungen: Präsident Kikwete verfügte, die Umfrage zur Korruption in öffentlichen Einrichtungen werde unverzüglich, ohne bürokratische Hürden, auch ohne Zustimmung des Kabinetts, herausgegeben, denn die angesprochenen Themen beträfen die Öffentlichkeit.

Der Bericht, *National Governance and Corruption Survey* genannt, wurde von den Entwicklungspartnern unterstützt, 2009 vom PCCB durchgeführt, und der Regierung mit Empfehlungen zur Ausrottung der Korruption in öffentlichen Einrichtungen - von Regierungsbis lokaler Verwaltungsebene - übergeben. Doch diese verzögerte die Veröffentlichung, was Zivilgesellschaft, Akademiker und Entwicklungspartner verärgerte. Laut Berichten würden einige von ihnen die finanzielle Unterstützung des kommenden Haushalts reduzieren, wenn die Regierung das Dokument nicht veröffentlicht.

Bei den Beratungen über den *General Budget Support* (GBS), an denen zwölf Geberländer beteiligt waren, gab Premierminister Pinda die Anweisung Kikwetes bekannt. Die GBS-Länder scheinen ihre künftige Unterstützung daran zu knüpfen, wie stark sich die Regierung an die Antikorruptions-Agenda hält.

In einer im Namen der GBS-Mitglieder verfassten Erklärung heißt es: "In den Jahren 2000-08 beschädigten viele hochgradige Korruptionfälle den Ruf Tansanias. Die Regierung unternahm einige wichtige Schritte, welche halfen, Vertrauen wieder herzustellen. Doch es bereitet weiterhin Sorgen, dass einige Fälle nicht gelöst wurden."

Obwohl kein Fall direkt benannt wurde, kämpfte die Regierung um die Reinigung ihres Images bei hochgradigen Korruptionsskandalen. Zu erwähnen sind die 133mrd/- TSh des *External Payment Account* (EPA), die 172 Mio. US\$ des Richmond-Vertrags zur Stromversorgung, die 40 Mio. US\$ des Radar-Handels und andere fragwürdige Geschichten im Wert von Mrd. TSh im Bergbausektor. (DN 14.5.11; Guardian 14.5.11, Citizen 14.5.11)

Religionsgemeinschaften und Politik und Öffentlichkeit

Spannungen: In Mto-wa-Mbu (Monduli-Distrikt, Arusha-Region) wurden bei einer Evangelisation zwölf Personen, Lehrkräfte und Schulkinder einer englischsprachigen Schule schwer verletzt. Hauptredner war Pfr. Christian Chenge von der *Full-Salvation Church*. In der Genehmigung dieser Veranstaltung steht, bei solchen Treffen müsse man politische Themen und Beleidigung anderer Religionen meiden, Frieden bewahren. Doch die Prediger hielten sich nicht daran. Sie sprachen sich gegen den Islam, die Muslime und ihren Propheten aus.

Der lokale Muslim-Repräsentant meldete der Polizei den Vorfall. Einige Prediger wurden verhaftet.

Doch wenig später fuhren die Veranstalter der Evangelisation mit ihren 'Hassreden' fort. Einige Muslime, die zufällig vorbei kamen, waren empört und starteten einen Angriff auf die Kundgebung. Der Tumult dauerte einige Stunden. Eine Schule, eine Kirche der Pfingstler, eine anglikanische Gemeinde und ein Haus wurden beschädigt oder teilweise zerstört. Die Polizei verhaftete sieben Verdächtige. Später wurden zwei Pfarrer, die während des Aufruhrs entkommen waren, festgenommen. Sie müssen vor Gericht erscheinen. (DN 26.2.11; Guardian 28.2.11; Arusha Times 5.3.11)

*

Aufruf zum Frieden: *Chief Sheikh Mufti* Shaaban bin-Simba sagte, muslimische Gelehrte und Geistliche müssten den Frieden im Land fördern, öffentlich Politiker verurteilen, die Aktionen fördern, welche Einheit und Stabilität der Nation bedrohen. Das Auftauchen religiös motivierter Politiker, die zur Verletzung des Friedens anstacheln, erfülle ihn mit Sorgen. Er sagte: "Wir sollten offen gegen die Behauptung kämpfen, die gegenwärtige Regierung sei illegitim, nur weil der Präsident ein Muslim ist." Die Menschen sollten friedliche Mittel einsetzen. "Ich fordere die Muslime jedoch nicht auf, gegen diese Aufwiegler zu demonstrieren. Immer, wenn das Land einen muslimischen Präsidenten wählt, gibt es einige Politiker, die den Glauben des Verantwortungsträgers für jeglichen Fehlschlag des Staatsapparates verantwortlich machen, wie das jetzt der Fall ist", betonte er und ergänzte, es sei ein Unglück, dass einige christliche Geistliche während des Wahlkampfes in ihren Predigten über Politik sprachen. (DN 23.3.11)

*

Regierungskritik: Charles Mjema, Bischof der *ELCT-Pare-Diözese*, sagte in einer Gemeinde, vieles zeige, dass Regierungsleute nicht eifrig sind. Die Leute begannen zu fragen, ob das Land auf dem richtigen Weg ist; einige Dinge machten ihnen Sorgen, Landfragen oder Eigentumsrecht in Bezug auf Ressourcen, z. B. Bergwerken. Die Kirche werde den Mund nicht halten, auch wenn sie unter den Folgen leiden würde, denn sie habe den Auftrag, die Unterdrückten zu verteidigen. Der Gemeindepfarrer sagte, vor der Wahl im letzten Jahr hätten die Tansanier um gute Verantwortungsträger gebetet, die ihnen dienten, nicht sie beherrschten. "Aber nur wenige Monate nach der Wahl, gibt es Anzeichen dafür, dass wir nicht die Verantwortungsträger haben, um die wir gebetet haben." (Citizen 7.3.11)

*

Zum Kampf gegen Drogen - Spannungen: Bei der Weihe eines katholischen Bischofs bat Präsident Kikwete die kirchlichen Verantwortungsträger, die Regierung im Krieg gegen Drogen zu unterstützen; es gebe einige Repräsentanten von Religionsgemeinschaften, die sich an dem illegalen Geschäft beteiligten. Sie benützten Jugendliche, um Drogen einzuführen und zu vertreiben, sagte er.

Der *Christian Council of Tanzania* (CCT) stellte Kikwete ein Ultimatum von 48 Stunden, um die Namen der betreffenden kirchlichen Verantwortungsträger zu nennen. Andernfalls gefährde er seine Glaubwürdigkeit als Repräsentant der Nation. "Wir erwarten, dass der Präsident offener und genauer ist", sagte der CCT-Vizevorsitzende. Er erklärte: "Es wird uns leichtfallen, aktiv zu werden, wenn wir wissen, wer von uns tatsächlich in dieses Geschäft verwickelt ist. Präsident Kikwete scheint sie zu kennen. Er sollte offen sein und sie benennen. Wir werden nicht zögern, sie für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen." Die CCT werde Kikwete beim Aussortieren derselben unterstützen.

Das Amt des Präsidenten reagierte enttäuscht. Ein solches Vorgehen habe man von führenden Leuten von Religionsgemeinschaften nicht erwartet, heißt es in einer Erklärung eines Pressesekretärs des Präsidentenamtes. Sie sollten Kikwete im Kampf gegen die Drogen unterstützen, nicht ihn angreifen. Man habe erwartet, dass sie seinen Hinweis als Fingerzeig verstehen, und aktiv werden. (DN 8.6.11; Citizen 7./8.6.11)

Kirchliche Nachrichten

Zur Amtseinführung einiger Verantwortungsträger: Zum ersten Bischof der Musoma-Diözese der römisch-katholischen Kirche wurde Renatus Leonard Nkwanda ernannt, geboren 1965 in einem Dorf der Diözese Mwanza. 2002-05 studierte er in Rom.

Papst Benedict XVI. hatte aus je einem Teil der Mwanza- und der Musoma-Diözese die Bunda-Diözese gebildet. (Cath. Information Service for Africa 30.11.10)

Die 30. Generalversammlung der *Eastern und Coast Diocese der Evang.-Luth. Church in Tansania* (ELCT) wählte nach einer Amtszeit von sechs Jahren Dr. Alex Malasusa mit 96,6 % der Stimmen erneut zu ihrem Bischof. Er bekleidet dieses Amt nun bis zu seinem Ruhestand. Ersetzt würde er nur im Fall eines Misstrauensantrags. (Arusha Times 18.12.10)

Die *Diocese of Mount Kilimanjaro* der *Anglican Church of Tanzania* (ACT) wählte Stanley Hotay (40) zu ihrem Bischof, nachdem Bischof Simson Makundi in den Ruhestand gegangen war. Man hofft, Hotay werde das beschmutzte Image der Diözese verändern. Mitglieder und Repräsentanten der Diözese waren gespalten aufgrund ihrer Haltung in Bezug auf den Gebrauch von Kondomen. <Siehe Tans.-Inf. 3/03 S. 12; 10/03 S. 12; 1/07 S. 10; 7/07 S. 9. > Diese Diözese erstreckt sich über die Kilimanjaro- und die Manyara-Region. (Arusha Times 23./30.4.11)

Albert Jella Randa (50) wurde in Mwanza als neuer Bischof der *Mennonite Church of Tanzania* eingeführt. Er studierte am *Mennonite Theology College and Seminary*. Bisher war er Stellvertretender Generalsekretär. (DN 30.5.11)

*

Probleme einiger Verantwortungsträger: Das ELCT-Leitungsgremium verwarf Darstellungen eines Teils der Presse, die Malasusa, den Leitenden Bischof der ELCT, mit Schmutz bewerfen und seine Autorität untergraben sollten. Ein Pfarrer der *ELCT Eastern und Coast Diocese* sagte, Presseleute hätten die gute Beziehung zwischen der Diözese und der Regierung stören wollen. (Guardian 25.11./ 7.12.10)

Der *High Court* erließ einen Haftbefehl gegen Dr. Peter Mokiwa, Erzbischof der ACT, und Stanley Hotay, der kürzlich zum Bischof der *Diocese of Mount Kilimanjaro* geweiht wurde, wegen Geringschätzung des Gerichts.

Wenige Tage vorher hatte das Gericht eine Anordnung erlassen, die die Weihe des Bischofs verhindern sollte. Er wird von Mitgliedern der anglikanischen Gemeinden in Arusha nicht anerkannt. Sie hatten gegen die geplante Weihe geklagt, denn sie entspreche der Verfassung der Kirche nicht. Doch ungeachtet dessen, wurde Hotay zum Bischof geweiht, die gerichtliche Anordnung missachtet. Doch obwohl die Weihe gegen die Verfassung der Kirche verstieß, ist ein Einspruch schwierig. (DN 14.6.11)

*

Klage wegen Ruhestörung: Einwohner eines Stadtteils von Arusha beschwerten sich über den betäubenden Lärm der Instrumente der *Safina Intercession Fellowship*, einer kirchlichen Gruppe, die ihre Gottesdienste mitten im Wohngebiet hält, man vermute illegal. "Nicht einmal wenn wir in unseren Wohnungen oder bei der Arbeit sind, kommen wir zur Ruhe", klagte einer. Keinerlei Reaktion habe es auf einen Protestbrief gegeben, den man an die Gruppe adressiert habe. Ende '10 habe man gefordert, innerhalb von drei Monaten Schalldämpfer einzubauen oder die Lautstärke zu verringern. Vergeblich. Der District Commissioner mahnte zu Geduld, versicherte man werde eine Lösung suchen. (DN 20.5.11)

*

Spaltung: Der Rat der ACT gab bekannt, sie trenne sich von der Splittergruppe, *Evangelical Anglican Church* genannt. Er forderte die Gläubigen auf, die geistlichen Angebote dieser Gruppe nicht wahrzunehmen. Sie sei illegal, solle in keiner Weise mit der ACT in Zusammenhang gebracht werden, dürfe ihre Angebote, incl. Gewänder und Liturgie nicht verwenden. Der Konflikt begann vor etwa vier Jahren, als einige Geistliche unter der Leitung des ehemaligen Bischofs Ainea Kusemha beschlossen, gleichgeschlechtliche Ehen zu akzeptieren. Die ACT sei gegen diese, sagte ihr Generalsekretär, werde Homosexuelle jedoch nicht exkommunizieren, denn die Kirche habe beschlossen, sie zu verändern. Sie sei verpflichtet, die Sünder zu retten. "Sie brauchen Unterstützung, um zu bereuen. Sie sind in die Irre gegangen und müssen in die Gruppe zurückgebracht werden", sagte er. (Citizen 6.10.10)

Valentine Mokiwa, Leitender Bischof der ACT, beschloss, die *Ukongu Mazizini* Kirche wegen endloser Konflikte zu schließen. Bei einer Pressekonferenz sagte er, es sei zu Spaltungen gekommen. Nur einige Personen hätten die Konflikte verursacht, aber sie berührten viele. Die Gruppe habe begonnen, Tribalismus in der Kirche einzuführen. Nun versuche die Kirche, schlechte Elemente zu entfernen. Das werde den Glauben derer stärken, die der Kirche noch vertrauen. Sie sollten bleiben und sich gegen Aufwiegler wehren, Abstand von ihnen halten. (Citizen 16.5.11)

*

Finanzielle Unterstützung: In Dar-es-Salaam kamen bei einer eigenen Jahres-Sammelaktion der *Roman Catholic Church* in 64 Gemeinden der Erzdiözese mehr als 900m/- TSh für die Ausgaben im Finanzjahr 10/11 zusammen. Weihbischof Eusebius Nzigilwa danke und bat um weitere Spenden für die Aufgaben der Kirche. (DN 22.11.10)

Der für Tansania zuständige Beauftragte von *OikoCredit* berichtete, 2011 erhalten 14 Organisationen von der kirchlichen Organisation *OikoCredit* Darlehen in Höhe von insgesamt 15md/- TSh. Es handelt sich um Banken, *saccos* (Spar- und Kreditbanken), Genossenschaftsverbände, kirchliche Projekte, Organisationen des *Fairen Handels*, kleinere und mittlere Unternehmen.

OikoCredit erreicht Einzelne an der Basis, indem ihnen über Gruppen indirekt finanziell geholfen wird. Diesen leiht man beträchtliche Summen zu flexiblen und vernünftigen Darlehenszinsen. Bevorzugt werden Projekte, in denen Frauen bei Verwaltung und Durchführung Einfluss haben. *OikoCredit* ist ein Zweig des *Weltrats der Kirchen*. Bei der Vergabe von Darlehen spielt die Religionszugehörigkeit keine Rolle. Die Höhe eines Darlehen beträgt mindestens 100m/- TSh, höchstens 10mrd/- TSh. Nach mindestens 12 Monaten muss die Rückzahlung beginnen. "Wenn unser Partner mit der Rückzahlung Probleme hat, geben wir ihm eine nicht rückzuzahlende Summe, um seine finanzielle Lage zu verbessern", berichtete der Beauftragte. (Guardian 24.4.11)

*

Zu Moral, Ethik: Methodius Kilaini, Bischof der *Catholic Bukoba-Diocese*, betonte, keinesfalls werde die katholische Kirche ihren Gläubigen die Verwendung von Kondomen erlauben. Täte sie das, wäre es gleichbedeutend mit der Erlaubnis, zu sündigen. Die katholische Kirche werde ihre Anti-Kondom-Kampagne fortsetzen. "Wir werden den Vatikan um Klärung bitten", betonte er in einem Interview. (Citizen 23.11.10)

*

Soziales Engagement: Die Kirche *Tanzania Assemblies of God* (TAG) errichtete im Distrikt Bukoba-Land (Kagera-Region) ein Versorgungszentrum für Waisen mit Platz für 50 Kinder. Sie plant, in der Region insgesamt 15 Zentren zu betreiben. Drei sind bereits fertig. In dieser Region leben 150.000 Waisenkinder, die ihre Eltern wegen HIV/AIDS verloren haben. (DN 13.6.11)

*

Bitte um Regen: Die Kirche *Good News for All* (GNFA) hielt Gebetsversammlungen, um Gott um Regen zu bitten; er könne das Land vor Dürre bewahren. Alle christlichen Gruppen seien eingeladen, sagte der GNFA-Bischof. "Als Kirche halten wir jedes Jahr unermüdlich Gebetsversammlungen für Regen und andere wichtige Dinge, und Gott antwortete auf unsere Gebete." Außerdem wolle man die Menschen zum Umweltschutz motivieren, damit das Land vor den Auswirkungen der Klimaveränderung bewahrt werde. Sie wirkten sich bereits negativ aus. (DN 19.2.11)

*

Statistik: Die ELCT hat nun 5.601.271 Mitglieder. Seit 2009 wuchs sie um 5,63 %. (ELCT Press Release 31.1.11; Arusha Times 26.2.11)

*

Zu '50 Jahre Unabhängigkeit': Der Vorsitzende der *Union of Christian Denominations in Arusha* sagte, man werde im *Sheikh Amri Stadium* eine eigene Feier zelebrieren. Sie beginne am 8. Dezember um 19 Uhr, dauere bis zum Morgen des 9. Dezember. Zur *Union of Christian Denominations in Arusha* gehören 20 unterschiedliche Religionsgruppen. Auf Regionesebene will man 'Tanzania 50' bereits im Juni 2011 feiern. Die Kirchen der Stadt Arusha starteten die Feierlichkeiten in Kirchen und anderen ausgewählten Örtlichkeiten schon an Ostern mit Gebetsveranstaltungen. (DN 25.4.11)

*

Gebete für Seligsprechung Nyereres: Am *Uganda Martyrs Day* wurde am *Namugongo Catholic Shrine*, dem Ort, an dem Ugandas Märtyrer <23 junge Ugander am 3.6.1886> im Feuer starben, für die Seligsprechung Nyereres gebetet. Gott möge "die Fürbitte durch Nyerere annehmen", lautete das Gebet eines eigenen Gottesdienstes.

Dieser Tag soll in Tansania nun alljährlich als *Nyerere-Tag* gefeiert werden.

Unter den Teilnehmenden waren Ugandas Präsident Museveni, Tansanias Premierminister Pinda, ein Sohn Nyereres und ein Vertreter von Bischof Kilaini (Bukoba-Diözese).

Museveni nannte Nyerere den "größten schwarzen Mann", der das Christsein praktizierte, indem er Sorge für alle Menschen trug. "Wir werden weiterhin nach Namugongo kommen, um für die Seligsprechung und endlich die Heiligsprechung Nyereres zu beten. Wenn wir fortfahren, anzuklopfen und zu bitten, wird Rom uns aufmachen", sagte er. Aus der Bibel oder einem Gebetbuch kenne er das Wort, "bittet, so wird euch gegeben, klopft an, und die Türe wird euch geöffnet. Wir sollten nicht müde werden, denn Mwalimu Nyerere wurde nie müde, für uns zu arbeiten."

Premierminister Pinda sagte, die Regierung Tansanias kooperiere mit der römisch-katholischen Kirche beim Prozess zur Seligsprechung Nyereres. Die meisten Regierungsmitglieder glaubten an ein Leben nach dem Tod.

"Wenn das Problem eines Christen durch Nyereres Fürbitte gelöst wird, ist der ehemalige Präsident auf dem Weg, selig gesprochen zu werden", sagte ein emeritierter Bischof. Das sei der erste Schritt zur Heiligsprechung.

"In diesem Jahr erwarten wir 700.000 bis 1 Mio Pilger", berichtete der Förderer des *Namugongo Martyrs' Shrine*. (Citizen 7./16.6.11; The Nation 2.6.11)

Dar-es-Salaamer Kinder äußern sich zu ihren Rechten

Swauma (11): Die Kinder brauchen Nahrung, Kleidung, Bildung und Obdach. Wir haben auch das Recht, zu tun und zu sagen, was wir wollen, wenn wir nicht gegen das Recht des Landes verstoßen. Die Rechte der Kinder sollten in der Primarschule gelehrt werden.

Saada (9): Es ist sehr wichtig, dass wir, die Kinder, unsere Rechte kennen.

Für mich gehört dazu das Recht auf bessere Bildung, elterliche Fürsorge und das Recht, unsere Meinung zu sagen.

Maximilian (10): Unser Lehrer redete über die Rechte der Kinder. Ich weiß nur noch, dass sie das Recht auf bessere Bildung haben.

Greenson (10): Ich weiß, dass die Kinder ihre eigenen Rechte haben, aber ich kapiere sie nicht, und ich weiß nicht, wie man sie anwenden kann. Unsere Eltern könnten sie uns am besten beibringen.

Ahadya (10): Zu den Rechten der Kinder, die ich kenne gehören Bildung, Schutz vor schlimmen Dingen und Religionsfreiheit. Manchmal werden den Kindern Dinge vorenthalten, nur weil sie ihre Rechte nicht kennen.

Ibrahim (9): Ich weiß nichts über die Rechte der Kinder, denn ich denke, dass sie das Recht auf alles haben.

Colline (8): Ich weiß, dass Kinder elterliche Fürsorge verdienen, Zugang zu besserer Bildung, Meinungs- und Religionsfreiheit. Wenn wir alle unsere Rechte kennen würden, wären manche Probleme, die tansanische und andere afrikanische Kinder haben, kleiner. (Guardian 3.5.11)